



DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juli-August 07-08/2007

Zwei Beiräte in Bremen und das NPD-Verbot

Neugewählter Beirat Gröpelingen hat beschlossen:

Bei der Eröffnungssitzung des neugewählten Beirats wurde (bei Enthaltung der Vertreterin der REP und der ehemaligen Konservativen) der Beiratsbeschluss vom März erneut bekräftigt, Gröpelingen zum Stadtteil gegen Rassismus zu machen. Für DIE LINKE Fraktion erklärte **Raimund Gaebelein**:

"Am 04. November haben sich 10.000 Menschen klar und deutlich gegen den Aufmarsch der NPD in Gröpelingen ausgesprochen. Das Wiederholen rassistischer Parolen stieß auf einhelligen Widerstand. Auch in den folgenden Wochen zeigte sich recht deutlich, dass neofaschistische Vorschläge zur Lösung unserer sozialen Probleme nicht ankommen. Sollte sich das Klima bis zu den Beiratswahlen so verändert haben? Weniger als die Hälfte der Gröpelingerrinnen und Gröpelingerr ging zur Wahl, 8,3% haben rassistische Parolen gewählt. Nicht NPD/DVU, die sind hier nicht angetreten, aber dafür zwei Parteien, die ihnen in Punkto Rassismus und Fremdenfeindlichkeit um nichts nachstehen. Ich spreche von den Republikanern und den Konservativen. Arbeitsplätze entstehen nicht durch Ausweisung von Menschen.

Wohin hat uns denn der Weg geführt, als eine Partei die Ausweisung aller derer forderte, die keine deutsche Abkunft hatten? Gehen Sie in die Johann-Kühn-Straße 24. Johann Kühn starb auf dem Todesmarsch nach Bergen-Belsen. Familie Littmann wurde erst ausgewiesen, dann beraubt und schließlich auf dem Weg in die Vernichtung erschlagen. Republikaner und Konservative haben uns nichts anzubieten als hohle Phrasen. Wir brauchen keine Lösung sozialer Probleme auf Kosten eines Teils unserer Menschen hier! Wir wollen zusammenleben, egal wo einer herkommt. Gröpelingen ist einmal mithilfe der Menschen zu Wohlstand gekommen, die sie als Sozialchmarotzer abtun! Wir wollen eine Welt ohne Faschismus und ohne Krieg. Wir lassen uns das Zusammenleben nicht zerstören. Wir alle sind Gröpelingen."

Antrag: Der Beirat Neustadt möge beschliessen:

"Der Beirat Bremen-Neustadt wendet sich an die Abgeordneten der SPD, GDU, Grünen, FDP und Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft mit der Bitte, die Forderung nach Einleitung eines neuen Verbotverfahrens gegen die NPD, deren Gliederungen und Nebenorganisationen zu unterstüt-

zen und einen entsprechenden Antrag an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu beschliessen."

Begründung:

Die NPD steht in der Tradition der NSDAP. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues "Deutsches Reich" ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie propagiert Gewalt und bietet Gewalttätern politische Heimat und unterstützt sie. Das wurde in jüngster Zeit nicht nur in Halberstadt und anderen Städten der neuen Bundesländer sichtbar, sondern auch in Bremen und Umzu (z.B. am 04. Nov. 2006. Auch an den Vorgängen um den Heisenhof und den Versuch des Herrn Rieger, in Delmenhorst ein Schulungszentrum einzurichten.) Bei alledem nutzt sie den Parteienstatus aus, um Gelder vom demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

In breiten Kreisen der Bevölkerung - wie auch bereits von Mehrheiten in den Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Berlins - wird diese Forderung unterstützt.

Ingeborg und Herbert Breidbach

60. Jahrestag der Gründung der VVN in Bremen

Ihren 60. Jahrestag der Gründung begeht die VVN-BdA Bremen **am Donnerstag, 23. August 2007 um 19:30 Uhr** im großen Veranstaltungsraum der Bremer Volkshochschule im Bamberger-Haus, Faulenstraße 69.

Seit 1947 kämpft die VVN-BdA als überparteilicher und generationenübergreifender Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten für die *"Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"* und den *"Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*, wie es in dem Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

Die Veranstaltung wird eröffnet mit einem musikalischen Beitrag der **Gruppe ARGUS**, gefolgt von einer Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der VVN-BdA Bremen.

Einem Grußwort durch den Präsidenten des Senats, Herrn **Bürgermeister Jens Böhrnsen**,

folgt ein kurzer Beitrag von Herrn **Guido Hendrickx**, dem Vorsitzenden der belgischen Stiftung Meensel-Kiezegem 44.

Im Mittelpunkt steht ein Vortrag von Herrn **Dr. Heinrich Hannover** unter dem Thema die *"VERGESSENEN WIDERSTANDSKÄMPFER"*

Den zweiten Teil des Programms gestaltet **Gruppe ARGUS** unter dem Motto *"ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT"* mit Liedern des europäischen Widerstandes und aktuellen Stücken

Der Landesvorstand

Erfahrungen beim Unterschriftensammeln für das NPD Verbotsverfahren

Täglich erfahren wir durch die Tageszeitung, dass die rechte Gewalt in unserem Land immer stärker zunimmt. Viele Jugendliche, die keine Zukunftsperspektiven haben, sind das Ziel der Nazi Organisationen. Losungen, wie "ARBEIT NUR FÜR DEUTSCHE" finden Anklang bei ihnen, da sie über die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht informiert sind. Vor 1933 gab es kaum Ausländer in Deutschland, aber wir hatten über sechs Millionen Arbeitslose.

Nicht die Ausländer sind schuld an unserer Arbeitslosigkeit, sondern das kapitalistische System, in dem wir leben. Wir begrüßen es sehr, dass die VVN-Bund der Antifaschisten die Unterschriften-Kampagne gegen das NPD Verbot begonnen hat. Die Mitglieder der DKP setzen sich aktiv dafür ein, dass diese Kampagne zum Erfolg führt. Die Unterschriftenlisten wurden von uns an alle Mitglieder und Sympathisanten verteilt mit dem Ergebnis, dass wir schon über 400 Unterschriften gesammelt haben. Eine Genossin, die jede Woche an der Mahnwache teilnimmt, sammelt innerhalb einer Stunde zwischen 30 und 40 Unterschriften. Auch eine weitere Genossin, die schon viele Unterschriften gesammelt hat,

macht die Erfahrung, dass die Menschen bereit sind und es für gut befinden, dass es höchste Zeit ist, dass die faschistischen Organisationen verboten werden.

Informationsmaterial wird jedem, der eine Unterschrift geleistet hat, mitgegeben. Leider kommt es immer wieder vor, dass es Menschen gibt, die ihre Unterschrift verweigern mit dem Argument, dass die Faschisten, wenn sie denn verboten wären, in den Untergrund gingen. Dazu muss man sagen, dass die Neonazis schon jetzt im Untergrund arbeiten, aber mit dem Verbot würden ihnen die finanziellen Mittel entzogen werden. Darüber hinaus muss konsequent an der vollkommenen Beseitigung der rechten Organisationen gearbeitet werden. Die Bundesregierung muss endlich das Grundgesetz einhalten!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP werden weiterhin Unterschriften sammeln, um die Bundesregierung dazu zu zwingen, sämtliche Nazi Organisationen zu verbieten. Wir sind der VVN solidarisch verbunden und werden sie weiterhin unterstützen.

Margot Konetzka und Barbara Klerings

Das Studienzentrum Weikersheim muss endlich geschlossen werden

"Mit der Ernennung eines Mitglieds des Studienzentrums Weikersheim zur persönlichen Referentin hat Ministerpräsident Oettinger erneut seine Nähe zum rechten Rand der baden-württembergischen Politik - oder aber seine völlige Ignoranz gegenüber den Mindestanforderungen an einen Ministerpräsidenten in einer vom Grundgesetz geprägten Demokratie offenbart", erklärte **Werner Pfennig**, Bundesvorsitzender und Landesprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, in Stuttgart.

Nach Erkenntnissen der Verfolgtenorganisation wirkt das Studienzentrum Weikersheim schon seit seiner Gründung durch Hans Filbinger als Scharnierstelle zwischen dem rechten Rand der CDU und dem offenen Neofaschismus.

Dafür sei die jüngste Einladung an den bekennenden Verehrer der Hitlerwehrmacht General Günzel, ausgerechnet zu "Führers Geburtstag" dort einen Vortrag zu halten, nur einer von zahlreichen Hinweisen, die die VVN-BdA und andere immer wieder dokumentiert haben.

Aus dem Umkreis des Studienzentrums Weikersheim rekrutiert sich nicht nur, wie vor kurzem bekannt wurde, die Führung der baden-württembergischen Jungen Union,

Vor Jahren ging daraus auch die Spitze der rechtsradikalen Partei "Republikaner" hervor, deren Bundesvorsitzender Schlierer zuvor Geschäftsführer in Weikersheim war.

"Mit Günther Oettinger und seiner neuen Referentin ist nun das ultrarechte Studienzentrum Weikerheim wieder mitten in der baden-württembergischen Staatskanzlei angekommen, die sein Gründer Filbinger aus gutem Grund verlassen musste", fasst **Werner Pfennig** die Meldungen der letzten Wochen zusammen.

Ganz offensichtlich durchdringt der rechtsradikale Weikersheimer Filz nicht nur große Teile der Landes-CDU, sondern findet gute Resonanz auch beim Ministerpräsidenten.

Nach Auffassung der VVN-BdA kann es daraus nur zwei Konsequenzen geben: *"Den Rücktritt Oettingers und die Schließung des Studienzentrums Weikersheim."*

"Vielleicht", ergänzt **Pfennig**, *"liegt letzteres nicht in Oettingers Hand. Aber seine Partei, die CDU, könnte diesem Tummelplatz des Rechtsradikalismus durch einen einfachen Unvereinbarkeitsbeschluss ein Ende bereiten."*

Auch Bremer Abgeordnete ...

... verantwortlich für die Toten in Afghanistan

23 deutsche Soldaten starben bereits in Afghanistan. Auch die Bremer Abgeordneten von SPD und CDU Neumann, Kröning und Beckmeier haben im Bundestag für den Einsatz von deutschen Soldaten in Afghanistan gestimmt und den völkerrechtswidrigen Einsatz von deutschen Spezialkräften zum Kämpfen im Süden zumindest geduldet. Wer Soldaten in Auslandseinsätzen in den Krieg schickt und nach Tod von Soldaten und vieler Zivilisten Durchhalte- und "Jetzt erst recht" Parolen ausgibt, trauert nicht glaubhaft.

Auch für den deutschen Tornadoeinsatz haben sie ihre Hände gehoben. 70% der Bevölkerung lehnen diesen Einsatz ab. Die Bundestagsparteien, mit Ausnahme der Linksfraktion, haben trotzdem für die Kriegsunterstützung gestimmt. Deutschland ist längst Kriegspartei geworden. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, nannte das Vorgehen der NATO-Staaten Staatsterrorismus. "Mit Terror ist Terror nicht zu bekämpfen, was der Krieg in Afghanistan ja beweist."

Befreundete NATO Staaten haben aus dem Desaster die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Kanada reduziert um 2.000 auf 250 Mann, nach Blairs Rücktritt gibt es "bring them home" Prognosen, der neue französische Präsident hat den Rückzug von 1.000 Soldaten angekündigt. Geht es nach den Wünschen der Mehrzahl der Deutschen, müssen Frau Merkel und Herr Jung ähnliche Befehle geben.

Eva Böller

Bremer Friedensforum fordert Rüstungskonversion!

Die Bremer Linken jubelten am Wahlabend und hatten auch Grund dazu. Die mögliche Rot/Grüne Regierung hat nun sieben Oppositionslinken in der Bremischen Bürgerschaft. Mit ihnen werden auch die Fragen der Rüstungsproduktion, Abrüstung, Bundeswehreinheiten im Ausland in den Debatten des Landesparlaments eine Rolle spielen.

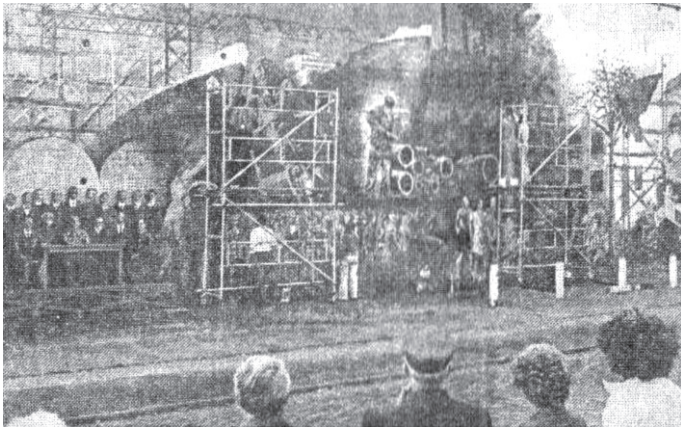
In Bremen wird jede Menge Rüstung "geschmiedet" bei OHB, EADS, Lürssen, Atlas Elektronik und Rheinmetall Defence Electronics.

weiter geht es aus Seite 6

Wandbild zur Geschichte Gröpelingens und der AG 'Weser'

1978 lebte ich in Hamburg. Im Sommer '78 stieß ich in der Hamburger Morgenpost auf ein Foto, das den Bunker im Pastorenweg

gegen den Faschismus sind stellvertretend für all die Anderen drei Personen abgebildet: Carl von Ossietzky, Maria Krüger und Hermann Prüser. Als Gröpelinglerin kannte ich die beiden zuletzt Genannten. Mit Maria haben wir Laternenumzüge und 'Roten Container'-Feste organisiert und Hermann und Frieda Prüser haben mir geholfen, als wir um eine gemeinsame Freundin trauerten.



Zeitungsausschnitt aus der Hamburger Morgenpost (Sommer 1978)
(Archiv der Geschichtswerkstatt Gröpelingen e.V)

zeigte, auf dem gerade ein Wandbild zur Geschichte des Stadtteils Gröpelingen entstand.

Dieses Foto habe ich mir rausgerissen und bei meinem nächsten Besuch in meiner Heimat Bremen - Gröpelingen angesehen. Ich war beeindruckt von der Darstellung, die auf drei Wänden die Entwicklung vom Dorf zu dem Stadtteil mit der größten und modernsten Werft in Bremen zeigt. Auf der großen Wand zum Pastorenweg findet sich die Darstellung der wichtigsten politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts, die auch diesen Stadtteil trafen: der erste Weltkrieg, die Bremer Räterepublik, der Faschismus,

Wandbild sind allerdings Werftarbeiter abgebildet, die untätig herumstehen, nur einer arbeitet. Der Grund war, dass schon 1978 die Schließung der AG Weser befürchtet wurde. Fünf Jahre später bewahrheitete sich dann, was schon auf dem Bild dargestellt wurde.

Nachdem ich wieder nach Gröpelingen zurückkam, habe ich dann begonnen, in der Geschichtswerkstatt Gröpelingen mitzuarbeiten. Immer wieder mal bin ich den Pastorenweg hinauf zu dem Wandbild gegangen und habe es mir angesehen. Viele Einzelheiten, die das Gesamtbild vertiefen, sind mir erst auf dem zweiten oder sogar dritten Blick aufgefallen. Aber was ich auch sehen konnte: Das Wandbild verblasste, es gab Schäden, wo die Regenrinnen nicht mehr richtig das Wasser abhielten, und Efeu wuchs an der Mauer und deckte die arbeitslosen Arbeiter zu. Es musste was geschehen, wenn wir diese schöne Darstellung der Geschichte unseres Stadtteils nicht verlieren wollten. Mittlerweile hatte ich auch aus Büchern



Das Wandbild vom Pastorenweg aus gesehen (aus dem Jahr 1999)
(Archiv der Geschichtswerkstatt Gröpelingen e.V)

der Aufbau nach dem 2. Weltkrieg, und sie endet mit der Einführung der Computer, die die Arbeitswelt veränderten. Bei der Darstellung der Opfer aus dem Widerstand

und Ausstellungskatalogen über die Wandbilder, die in Bremen in den 70er Jahren entstanden, erfahren, dass gerade dieses Bild als eines der wichtigsten in der Kunst-

welt angesehen wird und international bekannt ist.

2005 veranstaltete die Geschichtswerkstatt einen Rundgang ausgehend von dem Wandbild an verschiedenen Skulpturen im Stadtteil vorbei. Wir hatte noch einen alten Videofilm in unserem Archiv, der das Bild in frischem Zustand zeigt und erklärt und einige Gröpelingler noch was dazu erzählen. Den haben wir an dem Abend nach dem Rundgang gezeigt. Die anwesenden Mitglieder der Geschichtswerkstatt beschlossen, sich mit einem Bürgerantrag an den Beirat zu wenden, damit das Wandbild erhalten bleibt. Einige Beiratsmitglieder überzeugten sich, nachdem wir den Antrag vorgetragen haben, mit dem Vorstand der Geschichtswerkstatt vor Ort von den Schäden und dem schlechten Zustand des Bildes.

Jetzt wurden in den letzten Monaten die Regenrinnen erneuert und Jürgen Waller, der Künstler, der damals mit einer Gruppe von Kunststudenten dieses Bild schuf, hat es wieder restauriert. Es erstrahlt wieder in kräftigen Farben und es beeindruckt wie eh und je.

Sollte jemand Interesse an einem weiteren Rundgang haben, stehe ich gerne zur Verfügung.

Karin Pfitzner-Brauer

Tel: 0421 - 61 62 344 - Geschichtswerkstatt Gröpelingen e.V.

Minister Jung am Hindukusch

Er hat sich erneut ins Feld, genauer an den Hindukusch, begeben, unser Soldatenminister Jung. Sein Besuch scheint nötig zu sein, um die Stimmung seiner Soldaten aufzumöbeln. Denn die Fahnen in Afghanistan stehen wieder einmal auf Halbmast. Diesmal für zwei US-Amerikaner und einen Briten, die ihr Leben ließen. Vor drei Wochen musste Minister Jung nach Afghanistan, da die Flaggen auf Halbmast für drei getötete deutsche Soldaten standen. Holt die Bundesregierung die Jungs nicht heim, muss Minister Jung noch öfters in Richtung Hindukusch fliegen!

Wir hätten nämlich trotz der Toten in den letzten Tagen nur Durchhalteappelle. Das, obwohl bekannt ist, dass die Mehrheit der Bundesbürger von Anfang an den Einsatz in Afghanistan ablehnte. Und jetzt dessen Ende wünscht. Wir Friedensbewegte wollen Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien und die Umwandlung der gigantischen über 70 Milliarden Kriegsausgaben in Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe.

Ernst Busche

Partigiani

Der in der Bundesrepublik bisher wenig bearbeiteten Geschichte der italienischen Partisanen hat sich die Ausstellung "PARTIGIANI" gewidmet. Sie wurde am 19. Juni im Foyer des Gewerkschaftshauses in Bremen eröffnet. Die Eröffnungsrede hielt der durch seine Tätigkeit in Mostar international bekannte ehemalige Bürgermeister Bremens Hans Koschnick. Koschnick betonte die besondere Verbindung Bremens zu Marzabotto (Städtepartnerschaft und regelmäßige gegenseitige Besuche über die Friedensschule in Vegesack). Er erwähnte die wechselnde Rolle der italienischen Armee als Besatzer und Opfer deutschen Terrors in Jugoslawien vor und nach dem Sturz Mussolinis 1943 und geht auf die unterschiedlichen Partisanengruppen und ihre ungleiche Behandlung durch die westlichen Alliierten ein. Begleitet wird die Ausstellung am 04. Juli durch den Vortrag "DER NETTE NAZI VON NEBENAN" von Carsten Neumann, der Symbole, Mythen und Ideologie des heutigen Faschismus in Deutschland erklärt.

Als Fotoausstellung betitelt, enthält sie neben vielen Fotos, Reproduktionen meist faschistischer Plakate und anderen Abbildungen auch viel sehr informativen Text in deutsch und italienisch.

Als Beginn des bewaffneten Widerstands setzen die Ausstellungsmacher mit der Verkündung des italienisch-alliierten Waffenstillstandes am 08.09.1943 und der anschließenden Besetzung des noch nicht von Alliierten befreiten Italien durch Wehrmacht und SS fest. Das Mussolini-Regime war wenige Wochen vorher gestürzt.

Sehr anschaulich schildert die Ausstellung den Gang der italienischen Gesellschaft vom Beginn des Faschismus, über die deutsche Besatzung, der Partisanentätigkeit und die Befreiung Norditaliens nur wenige Tage vor dem europäischen Kriegsende. Besonders erwähnenswert sind die sehr erschütternden Schilderungen und Bilder der Verbrechen, die die Wehrmacht, SS und italienische Faschisten - im Auftrag der deutschen Besatzungsmacht bzw. der faschistischen Repubblica Sociale Italiana - an den Partisanen und der mit ihnen sympathisierenden Bevölkerung begingen. Dazu gehören Massaker - von denen das in Marzabotto (29.09. - 05.10.1944) mit 770 Toten das verheerendste war -, Folterungen an Verdächtigen und markante Einzelschicksale, wie die Erschießung von sieben Brüdern der Familie Cervi oder von Irma Bandiera, die nach fünftägiger Folter vor ihrem eigenen Haus erschossen wird. Mindestens ebenso gelungen fand ich die Darstellung der unterschiedlichen Partisanengruppen und ihrer durchaus unterschiedlichen Motivationen. Den größten Anteil mit etwa 50 % aller Verbände hatte die Garibaldibrigaden (kommunistisch), etwa 20 % machten die Brigaden

"GERECHTIGKEIT UND FREIHEIT" der Aktionspartei aus. Daneben gab es die sozialistische "BRIGATE MATTEOTTI", die "BRIGATE MAZZINI" der Republikanischen Partei und unterschiedliche autonome (parteionabhängige) Verbände; sowie ab 1944 auch katholische Gruppen. Die "COMITATO DI LIBERAZIONE NAZIONALE" (Nationales Befreiungskomitee) bildete zwar ein einheitliches Oberkommando um den Berufsoffizier Raffaele Cadorno mit lokalen Untereinheiten, doch in der Praxis blieben häufig genug die politischen Unterschiede entscheidend. Trotz dieser Gruppenvielfalt und der räumlichen Gegebenheiten gelang es der Ausstellung verständlich zu machen, wieso es auch zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen kam, ohne Schuldzuweisungen zu machen.

Aus dem fernen Shanghai zurück

Historikerin Ingrid Brandt referiert bei der Geschichtswerkstatt Gröpelingen über die so genannten Shanghai-Juden in der Tirpitzkaserne

"DPs" (displaced persons) waren sie. Eine Bezeichnung, die nach dem Krieg eigentlich Personen beschreiben sollte, die von den Nazis verschleppt worden waren. Dieser Begriff erfuhr aber bald einen Bedeutungswandel, den man auf gut Deutsch mit "unerwünschter Person" beschreiben könnte, also Mitbürger, die kein Staat so recht haben wollte. Wer kann schon das Elend und die Verzweiflung jener Menschen beschreiben, die während der Nazi-Herrschaft aus Deutschland nach Shanghai vertrieben wurden und bei Kriegsende zwangsweise wieder in Bremen landeten? Es handelt sich hierbei um 106 jüdische Mitbürger, die in den Jahren 1933 bis 1940 zusammen mit ca. 17.000 anderen Juden aus dem Deutschen Reich und Österreich nach Shanghai als einzig mögliche letzte Zufluchtstätte emigriert waren und 1950 am Ende einer qualvollen Odyssee in die Tirpitzkaserne in Bremen-Gröpelingen deportiert wurden.

In den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur hofften viele jüdische Familien, auswandern zu dürfen. Als eines der wenigen Ziele in der Welt bot sich ihnen die chinesische Stadt Shanghai an. Die Reise dorthin mussten sie selbst bezahlen, mitnehmen durften sie nur das Nötigste wie Kleidung, Wäsche und Erinnerungsstücke. Selbst packen durften sie nicht, eine Spedition und Beamte achteten darauf, dass sich keine Wertgegenstände im Gepäck befanden.

Das Shanghai der Jahre 1933 bis 1945 bestand aus dem chinesischen Kern (Chinese City), einigen chinesischen Stadtteilen und den Ausländerquartieren "Französische Konzession" und "Internationale Siedlung",

Kritisch anzumerken ist, dass der antifaschistische Widerstand vom 08.09.1943 nur sehr lapidar behandelt wurde. Auch erscheint es mir eher unwahrscheinlich, dass sich die Masse der italienischen Bevölkerung gegenüber dem Mussolini-Regime wirklich so entziehend und passiv Verhalten hat, wie die Ausstellung es an mehreren Stellen anführt. Doch diese geringen Schwachpunkte werden durch ihre Stärken (ausführliche, informative und gleichzeitig verständliche Bearbeitung des Themas) mehr als ausgeglichen. Die Ausstellung ist in Bremen noch bis zum 13. Juli 2007 zu sehen, deren Besuch ich jedem Interessierten hier und anderswo ans Herz lege.

Erika Klantz

die nicht der chinesischen Verwaltung, sondern schon seit 1842 der Selbstverwaltung der Franzosen, Engländer und Amerikaner unterstellt waren. 1937 während des 2. Japanisch-Chinesischen Krieges wurde Shanghai mit Ausnahme der Ausländerquartiere von den Japanern besetzt und besonders der Kuli-Stadtteil Hongkou (engl. Hongkew) durch Bombardements stark betroffen. Die Japaner verfügten, dass genau dieser Teil der Stadt als Auffanglager für die jüdischen Emigranten dienen sollte. Die Einwanderer trafen auf unbeschreibliche Zustände: Kanalisation, Wasserversorgung und die meisten Wohngebäude waren zerstört, von der Versorgung mit elektrischer Energie ganz zu schweigen. Die meisten der jüdischen Immigranten versuchten daher, so schnell wie möglich einen Wohnort in den Ausländerquartieren zu finden. Dies wurde aber ab 1941 nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour völlig unmöglich gemacht, da sie nun die gesamte Stadt besetzten und 1943 Hongkou zum Ghetto für alle jüdischen Flüchtlinge erklärten. Selbst altansässige Juden mussten mit wenigen Ausnahmen in das Ghetto übersiedeln.

Nach Kriegsende versuchten fast alle Ghetto-Bewohner in ein Land ihrer Wunschvorstellung auszureisen. Eine Gruppe deutschstämmiger Juden charterte ein Schiff nach San Francisco in den USA. Die dortigen Behörden erklärten die Staatenlosen kurzerhand zu Deutschen, verfrachteten sie in geschlossene Güterwaggons und ließen sie durch den gesamten Kontinent nach New York transportieren. Von dort wurden sie gegen ihren Willen nach Bremerhaven verschifft und weiter in das UNRRA-Lager in Bremen-Gröpelingen verbracht.

**G E S C H I C H T S W E R K S T A T T
GRÖPELINGEN e. V.**

KZ-Häftlinge als Wachsfiguren?

Im Beisein zahlloser Überlebender und Angehöriger wurde am 19. Mai das Restgelände feierlich der KZ-Gedenkstätte Neuengamme übergeben. Dazu bedurfte es mehr als 62 Jahre, klagte Robert Pinçon, der Vorsitzende der Internationalen Lagergemeinschaft Neuengamme. Vorausgegangen waren unermüdliche Kämpfe der Überlebenden um das Recht auf freies Gedenken. Im Klinkerwerk gedachte er der Arbeit *"im Wasser und im Schlamm, bei zermürbenden Arbeitstempo und -bedingungen"*. Aufgabe der Jugend sei es, die *"Werte aufrecht zu erhalten, mit denen wir gelebt haben ... gegen den Krieg, gegen jegliche Form der Diktatur oder Fundamentalismus, für den Frieden und die strenge Einhaltung der Menschenrechte."* Deutlich sprach er sich dagegen aus, in Gedenkstätten *"die Peiniger auf einmal den direkten Opfern des Nationalsozialismus gegenüber"* zu stellen.

Der Gedanke, dass die Gedenkstätte künftigen Generationen als Museum zur Verfügung gestellt werden soll, erweckte in Robert Pinçon das Bild, Häftlinge sollten als Wachsfiguren aufgestellt werden. Hamburgs Kultursenatorin Prof. Dr. Karin von Welck zitierte aus der Weizsäcker-Rede von 1985, den unermüdlichen Kampf der Überlebenden für ein würdiges Gedenken begreift sie als Mahnung. Dem schloss sich Ministerialdirektor Prof. Dr. Hermann Schäfer aus dem Bundeskanzleramt an. Melani Klaric, eine

frühere pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte, teilte Empörung, Wut und Traurigkeit der Angehörigen über die Zumutung, über Jahrzehnte an diesem Ort eine Justizvollzugsanstalt vorzufinden. Sie führte den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger und den brandenburgischen Innenminister Schönbohm als Beleg

stellung im Bunker zu sehen sein. Knapp zwei Wochen nach der Eröffnung im Bremer Rathaus wies Altbürgermeister Koschnick am 20. Mai anlässlich einer Lesung aus Gedichten und Erinnerungen ehemaliger KZ-Häftlinge in aller Nachdrücklichkeit auf den Zusammenhang von Rüstungsproduktion an verschiedenen Standorten in Bre-



Mitglieder der Amicale Belge de Neuengamme bei der Rückgabe des Restgeländes an die KZ-Gedenkstätte (rechts: René Thirion, zweiter von rechts: Victor Malbecq)

für eine Politik der Verniedlichung der Verbrechen des Faschismus an, für Vergessen, Verharmlosung, Verschweigen und Verachtung. Unterhalb wurde die Feierstunde durch den Neuen Chor Hamburg mit Eigeninterpretationen von Liedern der Häftlinge. Vom 09. Mai bis 06. Juni war im Bremer Rathaus eine Ausstellung über Bunker Farge, Marinerüstung und Zwangsarbeit zu sehen. Sie soll ab Ende Juni als Daueraus-

men hin. Er legte den Finger in die Wunde, als er von den Schwierigkeiten der ehemaligen Häftlinge sprach, die sich über lange Jahre vergeblich um eine Besuchserlaubnis bemüht hatten. Auch ging es bei der Ausstellung darum, die Erbringung der Kosten für die Bestandserhaltung über künftige Jahrzehnte abzusichern. Schulklassen nahmen die angebotenen Führungen wahr, wenn auch die Nachfrage sich deutlich in Grenzen hielt. Ausländische Besucher beklagten das mangelnde Angebot an Informationsmaterial in anderen Sprachen.

Erste Auswertungen lassen erkennen, dass mit wachsendem Zeitabstand zu den

Ereignissen pädagogische Handreichungen und Konzepte sehr viel stärker Verharmlosungsversuchen und einer Wiedererweckung von Heldenmythen entgegenwirken müssen. Die Vorstellung etwa, der Film "DAS BOOT" sei ein Antikriegsfilm, ist völlig abwegig, kommt aber dem breiten Alltagsbewusstsein entgegen.

Raimund Gaebelein

Funkes Weg in den Untergrund

Wie kann nur ein SPD-Politiker der Jungen Freiheit (JF) ein Interview geben - könnte man denken -, gäbe es nicht Leute wie Karl-Heinz Funke. (Vor ihm suchten dort bereits Egon Bahr, Hans Apel und Andreas von Bülow die Nähe der Nazipostille.) Nicht erst seit dem Gespräch mit Moritz Schwarz von der JF weiß man, dass dieser Kuhlobbyist ein anderes Verständnis von Demokratie hat als man es von einem Sozialdemokraten erwarten muss. Seit den 1960er Jahren ist der ehemalige Bundes- und niedersächsische Landwirtschaftsminister Grabredner in der "Ahnenstätte Conneforde" (Kreis Ammerland). Dort werden nur "Auserwählte" unter die Erde gebracht. Dabei handelt es sich allerdings altgediente SS-Kämpfer und NSDAP-Funktionäre. So wurde etwa auch Wilhelm Tietjen aus Bremen nach Walhalla geschickt. Doch nicht nur als Grabredner stand Funke der Ahnenstätte zur Verfügung: 1995 ist er sogar als "Feuerredner" bei einer Sonnenwendfeier

aufgetreten. Ich weiß zwar nicht, was ein "Feuerredner" macht, aber die Vermutung, dass dies eine Ehre im Sinne der Nazis ist, scheint nachvollziehbar.

Dass Funke kein Problem mit der NPD hat sagt, er offen. Sie solle getrost auf Demonstrationen gegen die Globalisierung mitlaufen, nur "friedlich" müssen sie sein. So interessierte es den "Sozialdemokraten" auch nie, dass der ehm. Vorsitzende des Ahnenstättenvereins, Alfred E. Manke, dem ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Willy Brandt damals am Liebsten tot gesehen hätte. Mit den Parolen "Brandt an die Wand!" und "Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird Brandt gehängt!" machte die Aktion Widerstand 1970 gegen die Ostverträge Front. Scheinbar sieht Karl-Heinz das nicht völlig anders. Ihm hat die SPD zum Teil eine zu große Nähe zu "Linksextremisten". Da muss einer aber ganz, ganz weit rechts stehen, um zu so einer These zu kommen!

"Oh Mensch, die Welt ist doch verkehrt,

wäre ich du, ich hätte mich verzehrt." (K.H. Funke)

Gerold Fleßner

Geheimberichte "vorsorglich" vernichtet?

Wehe dem, der Böses denkt. Nein, hier sicherlich nicht. Die ARD-Sendung "Report Mainz" berichtete, dass die Bundeswehr Geheimberichte zu Auslandseinsätzen vernichtet hat. Sie seien nicht mehr lesbar gewesen. Oder war zuviel aus den Berichten zu lesen? Die Vermutung, dass hier etwas vertuscht werden soll, liegt klar auf der Hand.

weiter geht es auf Seite 6

Nachruf

Zum Tod von Anneliese Gumpert übermittelt der Landesvorstand ihrer Familie unser aufrichtiges Beileid. In der Zeit der Entnazifizierung und des Aufbaus eines demokratischen Bremens unterstützte sie unseren langjährigen Vorsitzenden Georg Gumpert im Bereich der Arbeitsvermittlung. Sie hatte einen großen Anteil daran, dass er die lange aufopferungsvolle Tätigkeit für die VVN durchführen konnte.

Der Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 2

Aber Rüstungskonversion, d.h. Umstellung von Rüstungsproduktion in ökologisch sinnvolle und arbeitsplatzsichernde Produktion spielte bisher nur eine untergeordnete Stelle. Das wird sich nun hoffentlich ändern. Rüstungskonversion schafft Arbeitsplätze und sichert Arbeitsplätze. Die Linke wird die Konversion auf die Tagesordnung setzen. und wenn die Linke genauso einfallreich und engagiert die Rüstungskonversion voranbringt wie sie den Wahlkampf geführt hat, freuen wir Friedensbewegte uns auf die Zusammenarbeit.

Ernst Busche

Fortsetzung von Seite 5

Was haben die KSK-Truppen wirklich im Irak und in Afghanistan gemacht? Was wusste die Rot-Grüne Regierung um die Folterungen des ehemaligen Guantánamo-Häftlings Murat Kurnaz? Geklärt werden wird es nie. Aber in diesem Falle muss es lauten: Im Zweifelsfalle zu Ungunsten der Angeklagten. Oder findet sich doch die eine oder andere Akte wieder an. Es sollten aber die Seiten gezählt werden, sonst könnte ja die Eine fehlen.

Gerold Fleßner

„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind Am Speicher XI/9, 28217 Bremen, erreichbar.

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Termine

Vom 22. Juli bis zum 04.
August 2007

Friedenscamp der Generationen in der Friedensschule der Vegesacker Partnergemeinde Marzabotto/Italien. Marzabotto ist eine kleine Gemeinde in der Nähe von Bologna in Norditalien. So romantisch die Lage des Ortes ist, so schrecklich ist aber auch seine Geschichte zum Ende des 2. Weltkrieges.

Wir wohnen in der Friedensschule am Monte Sole in Mehrbettzimmern und im Schlaflsaal. Wir kochen und verpflegen uns selbst und werden in Zusammenarbeit mit der Scuola di Pace ein interessantes Camp-Programm erarbeiten.

Preise:

Kinder bis 14 Jahre € 200

Schüler, Studenten, Azubis

ab 15 Jahre € 300

Arbeitslose Erwachsene € 400

Erwachsene € 500

Familienpreise n. Absprache

Details unter: www.friedensschule-bremen.de/programm.html

Gedenken auf dem Osterholzer Friedhof und in Neuengamme

Gemeinsam mit unseren Freunden aus Meensel-Kiezegem wollen wir in diesem Jahr bereits **am Freitag, 24. August** der Opfer von Faschismus und Krieg gedenken.

Der Kranzniederlegung **um 12:30 Uhr an der Ehrenanlage** auf dem Osterholzer Friedhof folgen kurze Ansprachen der Vorsitzenden der Stiftung Meensel-Kiezegem 44 und der VVN-BdA Bremen.

Bereits gegen 09:30 Uhr wird die belgische Gruppe die Ausstellung "DENKORT BUNKER VALENTIN - MARINERÜSTUNG - KZ-ZWANGSARBEIT" im Bunker Farge und anschließend den Schützenhof besuchen.

Am Samstag, 25. August wollen wir unsere belgischen Freunde durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme begleiten. **Abfahrt mit der Bahn um 07:28 Uhr** vom Hauptbahnhof Bremen. Interessenten für Bunkerausstellung und/oder Neuengamme-Besuch melden sich bitte bei Raimund unter 6163215 oder 0173/9350476

Letzte Meldung

Die Aktion der VVN-BdA läuft sehr gut an. Inzwischen sind in Bremen knapp 3.500 Unterschriften gesammelt worden (Stand: 04.07.2007). Ein großer Teil der Bevölkerung ist nach wie vor bereit, ihre Unterschrift zu geben.

Nach den letzten Ereignissen in Halberstadt ist es endlich an der Zeit, dass die Bundesregierung ein Zeichen setzt und ein neues Verbotverfahren einleitet.

Ingeborg Breidbach

www.vvn-bda.de

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____